

Pressemeldung



Gewerkschaft der Polizei

Bundesvorstand

<http://www.gdp.de>

gdp-pressestelle@gdp-online.de

Berlin, 14. September 2012

GdP zu scheinbarer Aufklärung der NSU-Verbrechen Witthaut: Verdacht der Vertuschungsrepublik muss ausgeräumt werden

Berlin. Als „unerträglich“ bezeichnet der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Bernhard Witthaut, die täglich neuen Enthüllungen über bislang nicht bekannte Details bei der Aufklärung der Verbrechen des rechtsterroristischen „Nationalsozialistischer Untergrund (NSU)“. Die GdP fordere, so Witthaut, mehr Aufklärungswillen bei den zu jener Zeit Verantwortlichen aus Politik und Sicherheitsbehörden. Der GdP-Bundesvorsitzende: „Das Vertrauen in die deutschen Sicherheitsbehörden nimmt einen kaum zu reparierenden Schaden, weil der Eindruck entstanden ist, dass hochbrisante Details über Fehler in den Ermittlungen nur scheinbar ans Licht kommen. Dieser Erosionsprozess kann nur gestoppt werden, wenn auch ehemals politische Verantwortliche, ihr Wissen freiwillig und aktiv dem Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages preisgeben.“

Ehemalige Innenminister oder -senatoren, wie Berlins Innenminister a. D. Körting, aber auch einstige Mitglieder der parlamentarischen Innenausschüsse, müssten ihr etwaiges Wissen offenbaren. Es entstehe, so Witthaut, der fatale Verdacht, dass Deutschland eine Vertuschungsrepublik sei.

Schnellschuss-Forderungen nach dem Abschaffen oder dem Komplett-Umbau der deutschen Sicherheitsbehörden erteilt die GdP eine klare Absage. Witthaut: „Aufklärung in der Tiefe ist jetzt das Gebot der Stunde.“

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle

Pressestelle:

Marion Tetzner – Mobil: 01 72 - 20 92 268

Bundesgeschäftsstelle_Berlin:

Stromstraße 4, 10555 Berlin

Telefon: (0 30) 39 99 21 (0) - 113/114/116/117

Telefax: (0 30) 39 99 21 - 190